

Der echte Wechsel – Unsere Trendwenden für Bielefeld

Wahlaufruf zur Bielefelder Kommunalwahl 2025

Wir Bielefelderinnen und Bielefelder sind fleißig, mutig, kreativ und voller Ideen. Die Politik im Rathaus kommt dabei aber nicht mit. Bielefeld wird schlecht regiert. In nahezu allen Rankings und Städtevergleichen schneidet unsere Stadt unterdurchschnittlich ab, mit fallender Tendenz. Das Baustellenchaos ist sprichwörtlich, Bürokratie nimmt zu, Wirtschaftspolitik wird gar nicht erst betrieben, ideologische Verkehrs- und Schulpolitik engt die Menschen ein und der Haushalt ist vor die Wand gefahren worden. Bielefeld braucht den echten Wechsel.

Als FDP waren wir die letzten Jahre die lautstarke, fordernde Opposition. Wir haben mit klarem liberalen Kompass Alternativen aufgezeigt. Wir treten zur Wahl an, um in unserem Sinne gestalten zu können. Wir wissen, dass es dafür auch Kompromisse braucht. Da wir aber auch als Opposition einiges erreichen konnten, definieren wir Veränderungen, die aus unserer Sicht erreicht werden müssen, um Verantwortung für unsere Stadt übernehmen zu können.

Ohne dass diese Trendwenden erreicht werden, wird die Bielefelder FDP kein Teil einer Gestaltungsmehrheit werden.

➤ Trendwende Verkehr

Die bevormundende, nicht am Bürgernutzen ausgerichtete Verkehrspolitik muss beendet werden. Entscheidungen müssen so getroffen werden, dass das Leben der Bielefelderinnen und Bielefelder besser und einfacher gemacht und der Wohlstand gesichert wird.

- Dafür muss der grünen Partei der Zugriff auf das Verkehrsamt wieder genommen werden. Verkehr, Bauen, Wirtschaft und Stadtentwicklung gehören zusammen in ein Dezernat.
- Baustellen werden besser koordiniert. Alle Beteiligten inkl. der Stadtwerke werden verpflichtet, ihre Prozesse schon in frühen Phasen aufeinander abzustimmen. Es gibt einen Einstieg bei der Ausschreibung von Arbeiten mit Fristsetzung und Strafzahlungen bei Überschreitung.
- Der unrealistische Vertrag mit dem sog. Radentscheid wird durch ein gleichberechtigtes Miteinander alle Verkehrsarten im Sinne einer Miteinandermobilität ersetzt. Statt Rückbau von Hauptverkehrsstraßen werden bestehende Radwege verbessert und Radfahrmagistralen parallel und nicht auf Hauptverkehrsstraßen errichtet.
- Als sichtbares Zeichen einer anderen Verkehrspolitik wollen wir die Artur-Ladebeck-Straße wieder zweispurig in jede Richtung ausweisen und das missglückte Experiment Bikelane beenden.
- Die unsinnigen Pläne zum Umbau des Johannistals werden beendet.

➤ Trendwende Wirtschaft

Eine strategisch vorausschauende Wirtschaftspolitik einschließlich der Verbesserung von Standortbedingungen muss in Bielefeld endlich erste Priorität bekommen.

- Mehr Flächen: Aufstellung und Realisierung eines Gewerbeflächenplans mit jährlichen Zielen wieviel Flächen auf Basis der durchgeführten Bedarfsprognosen neu ausweisen und zu entwickeln sind.
- Weniger Belastung: Keine Steuererhöhungen, keine Einführung von Verpackungs-, Betten- oder anderer neuern Steuern, Fahrplan zur Abschaffung von Tanz-, Zweitwohnungs- und Hundesteuer, Plan zur schrittweisen Senkung der Gewerbesteuer
- Weniger Regulierung, Kulturwandel in der Verwaltung: Es muss eine Initiative geben, die eine Kultur des Ermöglichens und der Partnerschaft mit Unternehmen innerhalb der Verwaltung erzeugt. Eine Zufriedenheitsbefragung von Unternehmen zu Beginn und Ende der Ratsperiode muss spürbare Verbesserungen zeigen. Als Beispiel für ein Ende der Misstrauenskultur wird die Baumschutzsatzung gestrichen und eine Entbürokratisierungsprogramm in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft aufgelegt.

➤ Trendwende Sicherheit

Bielefeld braucht eine andere Strategie im Umgang mit Kriminalitätsschwerpunkten, insbesondere bei Kesselbrink und Stadthallenpark. Die offene Drogenszene muss im gesamten Stadtgebiet spürbar verkleinert und die Straßenkriminalität verringert werden, damit Bielefeld wieder sicherer wird.

- Kooperation mit klarem Ziel: Die Kooperationsvereinbarung mit der Polizei ist auf das Ziel der Szeneverkleinerung festzulegen. Hilfsangebote zum Ausstieg sind auszubauen und regelmäßig zu bilanzieren.
- Keine Toleranz mehr für offene Drogenszene: Das Züricher Modell ist auf Bielefelder Verhältnisse anzupassen und anzuwenden. Drogenkonsum nur noch in Hilfseinrichtungen und nicht in öffentlichen Parks oder auf öffentlichen Plätzen. Der Stadthallenpark soll wieder für alle Bielefelderinnen und Bielefelder nutzbar sein.
- Keine Verfestigung der Szene durch Infrastruktur wie Sonnensegel oder Aufenthaltsräume, die dem strategischen Ziel der Verkleinerung entgegenstehen.

➤ Trendwende Bildung

Es müssen entschlossene Schritte zum Schulausbau, eine Qualitätsoffensive und eine Förderung aller Schulen und Schularten geben. Das Schulangebot für Kinder mit technisch-praktischen Begabungen muss verbessert werden.

- Neues Miteinander der Bielefelder Schulen durch Schulgipfel: Durch Vereinbarung mit allen Schulen werden die Angebote insbesondere für Kindern mit Hauptschulempfehlung verbessert, geklärt und besser miteinander verzahnt. Jede Schule, unabhängig von der Schulart, wird nach individuellem Bedarf gefördert, saniert bzw. ausgebaut. Es gibt keine Bevorzugung einzelner Schulararten mehr und das Elternwahlrecht wird wieder geachtet.
- Priorisierung von Förder- und Grundschulbauten: Erste Priorität hat die Schaffung einer ausreichenden Anzahl Plätzen an Förderschulen, vor allem im Schwerpunkt geistige Entwicklung. Aus- und Neubau von Grundschulen werden wesentlich beschleunigt. Dabei werden Modulbauten und Generalunternehmertum viel stärker berücksichtigt.
- Fachraumoffensive: Naturwissenschaftliche Fachräume werden durch ein gesondertes Programm nach ermittelter Priorität umfangreich gefördert.

➤ Trendwende Wohnen

Die durch Flächenverknappung und überlange Genehmigungszeiten entstandene Wohnungsnot muss endlich entschieden durch Neubau bekämpft werden.

- Basierend auf den im Regionalplan ausgewiesenen Flächen wird ein Bauprogramm mit jährlichen Zielen für auszuweisende Wohnbauflächen aufgestellt. Es sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine Umsetzung zu ermöglichen.
- Die Rahmenbedingungen für das Bauen werden vereinfacht. Über baurechtliche Vorschriften hinausgehende kommunale Auflagen werden abgeschafft.
- Es muss wieder für Normalverdiener möglich werden, in Bielefeld ein Eigenheim zu bauen. Über die bisherigen Pläne hinaus werden bis 2030 1.000 zusätzliche Eigenheime vorgesehen.

Die Bielefelder FDP hat als eine kraftvolle Opposition bewiesen, dass sie Veränderung bewirken kann. Sie wird daher nur Teil einer Gestaltungsmehrheit, wenn so ein echter Wechsel möglich ist.

Mehr Mobilität statt Gängelung, mehr Wohlstand statt Abstieg, mehr Sicherheit statt Wegschauen, mehr Zutrauen in die Menschen statt Misstrauen, mehr Freiheit statt Bürokratismus. Der 14. September markiert eine Richtungsentscheidung für unsere Stadt. Ein echter Wechsel ist möglich, aber nur mit einer entschlossenen, starken Bielefelder FDP.

Wir bitten alle Bielefelderinnen und Bielefelder um ihr Vertrauen und ihre Stimme!